

BERICHT:

VERFOLGUNG DER AKTIVISTEN VON DWK IN KASACHSTAN

Das kasachische Gericht hat die Aktivitäten der neuen Oppositionsbewegung „Die Demokratische Wahl Kasachstans“ verboten. Die Freiheitsstrafen sind für die geringste Unterstützung von DWK vorgesehen. In diesem Zusammenhang blockieren die Behörden soziale Netzwerke und unterwerfen die Menschen der Strafverfolgung wegen „Like“, „Repost“ und Lesen des DWK-Programms im Internet. Die Polizei hält sogar Personen fest, die mit blauen Luftballons (die Farbe der Symbolik von DWK)



OPEN DIALOG

Veröffentlichungsdatum:
02.04.2018

Die Open Dialog Foundation wurde 2009 in Polen auf Initiative von Lyudmyla Kozlovska gegründet, die nun als Präsidentin des Fonds amtiert. Zu den Gründungszielen des Fonds gehört der Schutz von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im postsowjetischen Raum. Der Fonds legt sein besonderes Augenmerk auf solche Länder wie Kasachstan, Russland, Ukraine und Moldawien.

Der Fonds verfolgt seine Ziele durch die Organisation von Beobachtungsmissionen, einschließlich Wahlbeobachtung und Überwachung der Menschenrechtssituation im postsowjetischen Raum. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Beobachtungen veröffentlicht der Fonds Berichte und verbreitet diese an die Institutionen der EU, OSZE und anderer internationalen Organisationen, Außenministerien und Parlamente der EU-Länder, Thinktanks und Medien.

Zusätzlich zu Beobachtungs- und Analyseaktivitäten arbeitet der Fonds aktiv mit Mitgliedern von Parlamenten zusammen, die sich an der Außenpolitik beteiligen, sich mit der Frage der Einhaltung der Menschenrechte und der Beziehungen mit den postsowjetischen Ländern befassen, um den Demokratisierungs- und Liberalisierungsprozess ihrer Innenpolitik zu unterstützen. Ein wichtiges Tätigkeitsfeld des Fonds ist auch die Unterstützung von Programmen für politische Gefangene und Flüchtlinge.

Der Fonds hat ständige Missionen in Warschau, Kiew und Brüssel.

Copyright: Open Dialog Foundation, April 2018

00-580 Warschau

All. Szucha 11a, Zimmer 21

Tel. +48 22 307 11 22

E-mail: odfoundation@odfoundation.eu

en.odfoundation.eu

Kontaktieren Sie mit uns für weitere Informationen:

Projektmanager:

Lyudmyla Kozlovska lyudmylakozlovska@odfoundation.eu

Verfasser:

Igor Savchenko igor.savchenko@odfoundation.eu

Lyudmyla Kozlovska lyudmylakozlovska@odfoundation.eu

Andriy Osavoliyk andriy.osavoliyk@odfoundation.eu

Überarbeitung: Lyudmyla Kozlovska

Gestaltung der Titelseite: Mikhail Fedyshak

Quelle des Bildes auf dem Umschlag: Lada.kz

Beim Nachdruck ganz oder teilweise ist der Verweis auf die Open Dialog Foundation verbindlich

INHALTSVERZEICHNIS:

1. Vorwort.....	4
2. Aktivisten werden in die Polizei geladen und über die strafrechtliche Verantwortung für die Unterstützung von DWK "belehrt"	5
3. Festnahmen von Menschen, die mit blauen Luftballons spazieren gingen.....	6
4. Das Innenministerium macht die örtliche Polizeidienststelle für die Verfolgung von Menschen mit blauen Luftballons verantwortlich.....	8
5. Strafverfolgungen von Aktivisten.....	10
6. Strafpsychiatrie Bezüglich der Aktivistin Ardak Ashim.....	11
7. Die Blockierung sozialer Medien und Änderungen von Gesetzen zwecks weiterer Verfolgung von Oppositionellen.....	12
8. Zusammenfassung.....	13

1. VORWORT

Im März 2018 hat das kasachische Gericht die Oppositionsbewegung "Die Demokratische Wahl Kasachstan" (DWK) verboten. DWK startete seine Aktivitäten im April 2017 und fand schnell die Popularität. Die wichtigsten Kanäle für die Verbreitung von Informationen durch DWK sind Instagram (182.000 Abonnenten bei Ablyazov) und Telegram (mehr als 90.000 Abonnenten in der Gruppe "Aktivist von DWK" und in den regionalen Gruppen von DWK in Telegramm - etwa 40.000 Abonnenten).

Einer der Gründer von DWK ist der Oppositionspolitiker Mukhtar Ablyazov, den der Präsident Nasarbajew für seinen persönlichen Feind hält. Ablyazov erklärte, sein Ziel sei es, das autoritäre Regime durch friedliche Massenproteste zu wechseln und eine parlamentarische Republik aufzubauen. Die Proteste in Kasachstan nehmen zu, was durch letzte Streiks und Proteste von Ölarbeitern und Gewerkschaftern bestätigt wurde¹.

Im autoritären Kasachstan ist die DWK zur einzigen politischen Kraft geworden, die sich im Untergrund und öffentlich durch soziale Medien für einen vollständigen Regimewechsel einsetzt und die Protestkräfte organisiert. Die Aktivisten von DWK führen ihre Agitationsarbeit in den Regionen Kasachstans durch.

Die wachsende Popularität der Oppositionsbewegung ist zu einem ernstzunehmenden Ärgernis für die Macht geworden, was wiederum den Kampf gegen DWK und die Unterdrückung von Aktivisten verschärfte. Seit 2017 werden Fälle der Internet-Geschwindigkeitsabnahme in Kasachstan während Ablyazovs Reden in Facebook, Instagram und Telegram wiederholt festgestellt.

Jetzt bat die **Generalstaatsanwaltschaft das Gericht, die Oppositionsbewegung DWK als "extremistisch" anzuerkennen**. Am 13.03.2018 hat das Bezirksgericht Jesilsky der Stadt Astana diesem Antrag stattgegeben und die Tätigkeit von DWK in Kasachstan verboten². DWK wurde beschuldigt, "sozialen Hass angestiftet zu haben", "ein negatives Bild der Macht gebildet zu haben", "Proteststimmungen provoziert zu haben". Das kasachische Gericht fasste den Beschluss blitzschnell, geschlossen und ohne Gerichtsverfahren.

Der Gerichtsbeschluss sieht für jede Unterstützung von DWK lange Freiheitsstrafen (bis zu 17 Jahren) vor: wegen Posts, Kommentare und "Likes" in sozialen Medien, Agitation, Teilnahme an Kundgebungen, Bereitstellung von Informationsleistungen usw. **Die Anhänger von DWK werden strafrechtlich verfolgt, auch weil sie das Material von DWK im Internet gelesen und besprochen hatten.** Zur Zeit sind 8 Personen bekannt, die der Strafverfolgung wegen der Unterstützung von DWK ausgesetzt sind. Außerdem ist die Aktivistin Ardak Ashim zum Opfer der "Strafpsychiatrie" geworden.

Die Macht blockiert Facebook, Instagram, Telegram und andere soziale Medien, um Materialien von DWK zu löschen.

Am 21-22.03.2018 stoppte die Polizei Menschen (auch Familien mit Kindern), die mit blauen Luftballons durch die Straßen gingen (die Farbe der Symbolik von DWK). Die Polizei erfasste die Daten ihrer Dokumente und drohte ihnen mit der Verantwortung "nach dem Gesetz". Mehrere Personen wurden festgenommen.

Nicht alle in diesem Bericht erwähnten Personen sind Aktivisten oder Unterstützer vom DWK, und wir können nicht sagen, wer von ihnen ein solcher ist. Die Behörden rechnen aber bei ihrer „Hexenjagd“ die unerwünschten Personen den „DWK- Unterstützern“ zu. Somit halten die Behörden in Angst ihre Kritiker und zwingen sie, den Mund zu halten. Der Beschluss über das DWK-Verbot wird verwendet, um jede abweichende Meinung zu unterdrücken. Nun können die Behörden die Menschenrechts-, Zivil-, Oppositionstätigkeit sowie jeden Ausdruck von Meinungsverschiedenheiten als „Unterstützung von DWK“ betrachten und dafür lange Freiheitsstrafen verhängen.

¹ http://ru.odfoundation.eu/a/8481_kazahstan-bolee-700-shahterov-obyavili-zabastovku

² <http://prokuror.gov.kz/rus/novosti/press-releasy/o-priznanii-dvizheniya-dvk-ekstremistskim>

Der Beschluss, DWK zu verbieten, verstößt gegen die grundlegenden internationalen Verpflichtungen Kasachstans im Rahmen des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie der Artikel 1, 4 und 5 des erweiterten Abkommens über die Zusammenarbeit zwischen Kasachstan und der EU. Durch ihre Handlungen verletzt die kasachische Macht grob das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Freiheit der Medien und die Verbreitung von Informationen sowie das Recht, nicht unbegründet festgenommen und inhaftiert zu werden.

2. AKTIVISTEN WERDEN IN DIE POLIZEI GELADEN UND ÜBER DIE STRAFRECHTLICHE VERANTWORTUNG FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG VON DWK "BELEHRT"

Laut der Erklärung der kasachischen Staatsanwaltschaft war **der Grund für die Fassung des Gerichtsbeschlusses, DWK zu verbieten**, dass "*Mukhtar Ablyazov die kasachischen Bürger aktiv dazu auffordert, dem DWK beizutreten, ein negatives Bild der gegenwärtigen Regierung bildet und Proteststimmungen provoziert.*" Die Staatsanwaltschaft behauptet, dass Ablyazov "*für die gewaltsame Veränderung der verfassungsmäßigen Ordnung agitiert*", "*zum sozialen Hass regelmäßig anstiftet*" und die "*Machtergreifung*" zum Ziel hat.

Der Gerichtsbeschluss vom 13.03.2018 ist bisher auf der Website von elektronischen Diensten der kasachischen Gerichtsbehörden noch nicht veröffentlicht worden. Die Vertreter von DWK wurden nicht vor Gericht geladen. Sie können die Berufung nicht einlegen, da DWK eine nicht registrierte Organisation ist.

Unmittelbar nach dem Gerichtsbeschluss wurden Aktivisten und Journalisten in verschiedenen Regionen Kasachstans zu Polizeistellen geladen oder gebracht. Dies betraf diejenigen, die ihre Unterstützung von DWK in sozialen Medien ausdrückten, den Beschluss über das Verbot von DWK kritisierten oder einfach die "Likes" unter den entsprechenden Posts stellten.

Es wurden mehr als 16 Fälle bekannt gegeben, als Personen "über die Verantwortung" in Polizeistellen gewarnt wurden. In der Tat gab es mehr solche Fälle. Insbesondere wurden die Menschenrechtler Bakhytzhan Toregozhina, Galym Ageleuov, Erlan Kaliev, Journalist Akmaral Shayakhmetova; Aktivisten Dilnar Insenowa, Askar Shaigumarov, Suyundyk Aldabergenov, Kairat Ismailow, Ergali Kayipnazar, Sergei Izmailov, Alibek Musauliy, Zhasaral Kuanyshalin, Marat Zhanuzakov, Kural Medeuov, Maygul Sadykova, Kenzhebek Sultanbekov mit dem Zweck, "Erklärungen" bezüglich des Verbots von DWK abzugeben, zur Polizei geladen. Zu einigen dieser Personen kam die Polizei nach Hause und gaben "Belehrungen". In vielen Fällen nahmen die Polizeistellen "Gespräche" mit Aktivisten auf Video auf und gaben ihnen "Belehrungen".

Die Staatsanwaltschaft hat in den Handlungen von Aktivisten "*Anzeichen der Teilnahme an der Tätigkeit der extremistischen Organisation*" ersehen. Maygul Sadykova gibt an, dass sie in der Polizeistelle gefragt wurde, "wie sie es wagte", DWK zu unterstützen, und man auch sagte, "an Ablyazovs Versprechen nicht glauben"³. Laut Askar Shaigumarov, Suyundyk Aldabergenov und Alibek Musauliy, drohte man ihnen mit der kriminellen Verantwortung für "Extremismus" in der Polizeistelle, wenn sie die Posten von DWK und Ablyazov "liken" und sie auch unterstützen werden.

Nikolaos Marmalidi, Einwohner des Gebiets Kostanai, wurde zur Polizeistelle geladen, wo der Staatsanwalt und ein Vertreter des KNB (Komitee der nationalen Sicherheit) mit ihm sprachen. Als Folge musste er eine "Erläuterungsschrift" über den "Verzicht auf seine Ansichten und Ideen" schreiben⁴. In

³ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=10112435094926904&id=2364618

⁴ https://bureau.kz/novosti/sobstvennaya_informaciya/izgnanie_eresi_cherez_obyyasnitelnuyu/

Almaty drohten Polizisten Dilnan Insenova, dass ihre Tochter "die Universität nicht beenden könnte", wenn sie dem Beschluss über den Verbot der DWK-Unterstützung nicht nachkommt.

Die Personen wurden in den Polizeistellen über den Verbot von DWK "belehrt" und zur Unterzeichnung des Dokuments über die "Verantwortungsbelehrung" gezwungen. Heute sind die Namen einiger Beamter bekannt, die die "Belehrungen" unterschrieben haben: der Staatsanwalt der Stadt Astana Zh. Smatov; der Staatsanwalt der Stadt Almaty D. Shuykebaev; der Staatsanwalt der Stadt Kokschetau T. Ospanov; der stellvertretende Staatsanwalt der Region Westkasachstan T. Naymanov, der Staatsanwalt in Atyrau R. Kuttukov.

Nach den Erklärungen der Generalstaatsanwaltschaft und den Texten der "Belehrungen"⁵, **sind in Kasachstan jetzt folgende Handlungen verboten und strafbar:**

- Aufklärung der Ideen von DWK und Abylazov sowie ihre Unterstützung und "positive Zustimmung".
- Verbreitung jeglicher Informationsmaterialien, einschließlich Flugblätter, sowie Posts, "Reposts", Kommentare, "Likes" in sozialen Medien zur Unterstützung von DWK und Abylazov. Die Staatsanwaltschaft "empfiehlt ausdrücklich", sich von den entsprechenden Accounts und Publics in sozialen Medien abzumelden.
- Organisation und Teilnahme an Kundgebungen und Aktionen im Zusammenhang mit DWK und Abylazov.
- Materielle Unterstützung sowie "Bereitstellung von Informations- und anderen Dienstleistungen" für Abylazov und DWK.

Die Staatsanwaltschaft wies darauf hin, dass **für diese Handlungen die strafrechtliche Verantwortung wegen** "Teilnahme an einer extremistischen Gruppe" (Art. 182 des Strafgesetzbuches der Republik Kasachstan), "Komplizenschaft in Terrorismus oder Extremismus" (Art. 258 des Strafgesetzbuches der Republik Kasachstan) und "Beteiligung an den Aktivitäten der Organisation nach ihrer Anerkennung als extremistisch" (Art. 405 des Strafgesetzbuches der Republik Kasachstan) vorgesehen ist. Jeder Artikel legt lange Freiheitsstrafen (2 bis 17 Jahren) fest.

3. FESTNAHMEN VON MENSCHEN, DIE MIT BLAUEN LUFTBALLONS SPAZIEREN GINGEN

Die Führer von DWK schlugen ihren Unterstützern die Teilnahme an der Aktion vor: während der Nauryz-Feier (21.-22. März) mit blauen Luftballons durch die Straßen spazieren zu gehen. Die Symbolik von DWK ist in Blautönen ausgeführt. In Polizeistellen "warnten" die Aktivisten vor Besuch in öffentlichen Plätzen am Wochenende.

Am 21.-22. März 2018 traten Polizisten (oft mit Menschen in Zivil) an Menschen, die blaue Luftballons in ihren Händen hielten, auf den Straßen in verschiedenen Regionen Kasachstans heran. Dabei war keine Symbolik auf den Luftballons vorhanden oder die Flagge von Kasachstan dargestellt⁶. **Die Polizisten hielten an, auch Familien mit kleinen Kindern**, was bei Kindern Angst machte⁷.

Die Polizisten erklärten ihre Handlungen auf verschiedene Arten: berichteten über "operative Handlungen" bezüglich Personen mit blauen Luftballons; nahmen Bezug auf den Befehl der Gebietspolizei und des Akims der Stadt; wiesen auf die Gerichtsbeschluss über den verbot von DWK hin⁸; Er sprach von "verstärkenden Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Urlaub" usw. In einem

⁵ <https://www.facebook.com/toregozhina/posts/1857241457621764> ; https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=10112435094926904&id=2364618

⁶ https://www.youtube.com/watch?v=C8m_KQHo7bc

⁷ <https://www.youtube.com/watch?v=ucG1ynh0CGM>

⁸ <https://www.youtube.com/watch?v=JpL0g3OOaCs>

Video ist ersichtlich, wie **der Polizist** zwei blauen Luftballons einem kleinen Kind **wegnimmt** und nur einen orangen und einen blauen Luftballon für das Kind lässt⁹.



Die Polizisten stoppen Familien, die mit blauen Luftballons spazieren gehen. Quelle: OSCEKZ-Kanal auf Youtube

Die Menschen mit blauen Luftballons wurden gebeten, sich auszuweisen. **Die Polizisten notierten ihre Kontakte und Angaben** und telefonierten gleichzeitig irgendwohin¹⁰. Manchmal, als Augenzeugen versuchten, diese Handlungen aufzunehmen, forderte die Polizei, die Aufnahmen vom Telefon zu löschen.



Die Polizisten nahmen den Radfahrer fest, der mit blauen Luftballons Fahrrad fuhr. Quelle: OSCEKZ-Kanal auf Youtube

⁹ <https://www.youtube.com/watch?v=prtjcnmzgMs>

¹⁰ <https://www.youtube.com/watch?v=MODpPW7eZHw>

Einige Menschen wurden in Polizeibusse und -autos gebracht¹¹, wo sie etwa eine halbe Stunde blieben und ihre persönliche Daten (einschließlich IMEI-Code des Telefons) aufgezeichnet und ihre Dinge überprüft wurden. Nach vorhandenen Informationen wurden keine Sistierungsprotokolle erstellt.

Am 21.03.2018 **warfen die Polizisten zu Boden und bogen die Hände** eines Radfahrers, der mit blauen Luftballons Fahrrad fuhr, auf dem Platz in Almaty¹².

Nach Angaben in sozialen Medien wurden Fälle in Uralsk und Saran festgestellt, wo die Polizei **zwei Personen** in die Abteilung **brachte**, in der sie mehrere Stunden festgehalten und gezwungen wurden, "Erklärungsschreiben" zu schreiben.

Es wurde auch berichtet, dass Polizisten in der Stadt Kokschetau zu einem Aktivisten nach Hause kamen und drohend verlangten, die Fotos aus den sozialen Medien mit blauen Luftballons, die sie als "Werbung für DWK" betrachteten, zu löschen.

Soweit bekannt, "jagte" die Polizei in **mehreren kasachischen Städten** die Menschen mit blauen Luftballons (die Namen sind entsprechend der Bezeichnung der Nutzer in sozialen Medien angegeben): Almaty (Ildar Nurumow); Atyrau (Azhar Miranbek); Gebiet Aktau und Mangistau (Batyrsarsen, Ergali Kaiypnazar); Uralsk (Dauren Bizhanov); Pawlodar (Akбота Amangeldy); Saran (Kayrat Ismailov); Astana (Zhanat Surabaldieva¹³, Kuanysch Bekishev, sowie setzte man auch den Rundfunkreporter des kasachischen "Radio Swoboda" Yerzhan Amirkhanov kurzzeitig in den Polizeibus)¹⁴.



Die Polizisten prüfen die Ausweise von Menschen, die mit blauen Luftballons spazieren gehen. Quelle: OSCEKZ-Kanal auf Youtube

4. DAS INNENMINISTERIUM MACHT DIE ÖRTLICHE POLIZEIDIENSTSTELLE FÜR DIE VERFOLGUNG VON MENSCHEN MIT BLAUEN LUFTBALLONS VERANTWORTLICH

Unbegründete Festnahmen und die "Jagd" auf die blauen Luftballons verursachten die Unzufriedenheit in der Gesellschaft. Am 26. März 2018 erklärte das Innenministerium, dass sein Amt "keine Wegnahme

¹¹ https://www.youtube.com/watch?v=kveM_i9dBsQ

¹² <https://www.facebook.com/mukhtar.ablyazov/videos/1226422440825647/>

¹³ <https://www.facebook.com/mukhtar.ablyazov/videos/1227746644026560/>

¹⁴ <https://rus.azattyq.org/a/29115065.html>

von blauen Luftballons" angeordnet hat: "**Der örtliche Polizeidienst gehört zu den Akimaten. Sie tragen dafür die Verantwortung.**"¹⁵

Ab 01. Januar 2016 handelt der lokale Polizeidienst in Kasachstan, der **im Rahmen der Umsetzung des Plans des Präsidenten Nasarbajew gebildet wurde**. Seine Leiter werden von den Akimen (Leiter der lokalen Verwaltungen) auf Vorschlag des Ministeriums für Innere Angelegenheiten ernannt. Zur Zuständigkeit der neuen Behörde gehören insbesondere "*Gewährleistung des Schutzes der öffentlichen Ordnung bei der Durchführung von Massenveranstaltungen*" und "*Unterdrückung illegaler Protestformen*"¹⁶. Bald danach, im April/Mai 2016, wurden friedliche Massenproteste gegen die Landreform in Kasachstan gesprengt, wodurch mehr als 1.000 Menschen festgehalten wurden¹⁷.

In sozialen Medien wurde ein Dokument veröffentlicht, nach dem der lokale Polizeidienst in Astana "ein Algorithmus der Handlungen von Mitarbeitern im operativen Bereich zur Feststellung der Aktivisten von DWK am 21.-22. März 2018" erarbeitet hat. Im Dokument (ohne Unterschriften) steht, dass Polizisten "Personen mit blauen Luftballons", "mit Plakaten, Flugblättern" besondere Aufmerksamkeit schenken und die Behörden sofort darüber informieren, "personenbezogene Daten" von Personen feststellen und "Festnahmen bei der Feststellung von expliziten Aufforderungen extremistischer Art ... durchführen" sollten.



In Astana wurden Menschen mit blauen Luftballons in Polizeibusse gebracht. Quelle: rus.azattyq.org

Das Parlamentsmitglied Magerram Magerramow sagte: "*Ich glaube, dass diese Leute mit den Luftballons in Farben unserer Fahne nicht so einfach erschienen sind, es hat absolut nichts mit Patriotismus zu tun! Es wurde doch vorher mitgeteilt - gehen Sie nicht mit blauen und hellblauen Kugeln aus! ... Man muss verstehen und sich daran gewöhnen, dass es bestimmte gesetzliche Vorschriften gab, die zu beachten sind*"¹⁸.

¹⁵ https://tengrinews.kz/kazakhstan_news/video-izyatiem-sinih-sharov-nauryiz-prokomentirovali-mvd-340610/

¹⁶ https://tengrinews.kz/zakon/pravitelstvo_respubliki_kazakhstan_premier_ministr_rk/natsionalnaya_bezопасnost/id-P1500001142/#z4

¹⁷ http://en.odfoundation.eu/a/7944_report-oppression-of-participants-in-rallies-against-land-reform-in-kazakhstan

¹⁸ <http://www.time.kz/articles/zloba/2018/03/23/sariki-za-roliki>

5. STRAFVERFOLGUNGEN VON AKTIVISTEN

In verschiedenen Regionen Kasachstans haben die Geheimdienste und das Ministerium für innere Angelegenheiten mehrere Strafverfahren wegen der Tätigkeit von DWK eingeleitet (zur Zeit sind 7 Personen bekannt, die der Strafverfolgung ausgesetzt sind)¹⁹. Über die sozialen Medien erhielt der Open Dialog Foundation Untersuchungsdokumente bezüglich mehrerer Personen, die **strafrechtlich verfolgt werden, weil sie DWK unterstützen oder die Materialien von DWK lesen**, insbesondere: Arsen Zhumataev, Akmaral Tobylova, Sabyr Kamalbekov, R. Toychiev.

Nach der Verdachtsmeldung (unterzeichnet von T. Erzhanowa, der Untersuchungsführerin des Departement für innere Angelegenheiten in Almaty), die der Fonds über soziale Medien erhalten hat, wird **Arsen Zhumataev** beschuldigt, "eine kriminelle Gruppe finanziert oder Informationsleistungen bereitgestellt zu haben" (Art. 266 des Strafgesetzbuches). Die Untersuchungsorgane legen ihm zu Last, dass er einige Zeit ein der Verwalter der Gruppe "Aktivisten von DWK" in Telegram war und "*Sprachnachrichten mit Abylazovs illegalen Äußerungen, die die Gruppenmitglieder aufforderten, Flugblätter zu verteilen und der DWK-Bewegung beizutreten*" veröffentlichte. Die Untersuchungsorgane klassifizierten diese Handlungen als "*schweres Verbrechen gegen die öffentliche Sicherheit*".

Nach diesem Artikel wurde **Akmaral Tobylova** beschuldigt, die am 13. März 2018 festgenommen wurde. Sie sagte, dass sie nur die Informationen las und in den sozialen Medien das DWK-Programm besprach²⁰. Wegen der Schwangerschaft wurde Tobylova vom Gericht unter Hausarrest gestellt. Nach Angaben von Verwandten hat das Gericht für Tobylova verboten, telefonische Gespräche zu führen, das Internet zu benutzen und das Haus zu verlassen. Die Verwandten betonen, dass Tobylova **wegen der Schwangerschaft eine angemessene medizinische Betreuung benötigt, wegen des Hausarrests kann sie aber nicht ins Krankenhaus gehen**²¹. Amnesty International hat Akmaral Tobylova als Gewissensgefangene anerkannt, die wegen der friedlichen Ausübung seines Rechts auf freie Meinungsäußerung verfolgt wird²².

Seit November 2017 sind der Aktivist von DWK **Almat Zhumagulov** und der Dichter **Kenzhebek Abishev** nach zweifelhaften Anklagen wegen "Terrorismus" verhaftet worden. Ihr Fall ist der Provokation der Geheimdienste im Kontext des Kampfes mit DWK sehr ähnlich²³.

Indem er die Mechanismen von Interpol missbraucht, verfolgt Kasachstan eine Aktivistin von DWK und der Journalistin **Zhanara Akhmetova**. Im Oktober 2017 wurde sie in der Ukraine auf Ersuchen Kasachstans verhaftet²⁴. Der Migrationsdienst der Ukraine hat abgelehnt, das Asyl für Akhmetova zu gewähren, und sie darüber nicht informiert. Die kasachischen Behörden kannten die mögliche Adresse ihres Wohnsitzes, was darauf hindeuten kann, dass sie operative Tätigkeiten auf dem Territorium der Ukraine ausübten, sowie auf die mögliche Zusammenarbeit der Geheimdienste beider Länder.

Im November 2017 wurde Akhmetova aus der Haft entlassen. Menschenrechtsorganisationen, ukrainische Abgeordnete und Vertreter der Weltöffentlichkeit²⁵ kündigten den politischen Kontext der Verfolgung von Akhmetova an; für sie setzte sich das Ombudsmannbüro ein. All dies wurde jedoch vom ukrainischen Gericht ignoriert, das am 27. März 2018 eine Klage von Akhmetova auf die Anerkennung der Weigerung der Asylgewährung durch das Migrationsdienst als widerrechtlich zurückgewiesen hat. Akhmetova bereitet eine Berufung gegen den Gerichtsbeschluss vor. Wenn die Streitsache zwischen Akhmetova und dem Migrationsdienst endet, wird das ukrainische Gericht die Behandlung des Auslieferungersuchens von Kasachstan fortsetzen. Akhmetova wird immer noch mit der Auslieferung bedroht.

¹⁹ <https://informburo.kz/novosti/na-aktivistov-dvk-zaveli-ugolovnye-dela-v-pyati-regionah-kazhastana.html>

²⁰ https://bureau.kz/novosti/sobstvennaya_informaciya/v_almaty_nachalis_sudy_nad_storonnnikami_dvk/

²¹ <https://rus.azattyq.org/a/akmaral-tobylova-almaty-amnesty-uznica-sovesti/29134675.html>

²² <https://amnesty.org.ru/ru/2018-03-27-kazakhstan/>

²³ <http://en.odfoundation.eu/a/8553,the-case-of-almat-zhumagulov-and-kenzhebek-abishev>

²⁴ <http://en.odfoundation.eu/a/8451,the-case-of-zhanara-akhmetova-ukraine-once-again-helps-the-authoritarian-regime-to-get-an-opposition-journalist>

²⁵ <http://en.odfoundation.eu/a/8465,on-22-november-the-court-will-consider-the-appeal-against-the-extradition-arrest-of-zhanara-akhmetova>

Darüber hinaus werden einige Aktivisten mit Strafverfolgungen bedroht. So wurden am 21. März 2018 und 22. März 2018 **Bekzhan Akhmetov (Atyrau)** und **Kayrat Ismailov (Saran)** mehrere Stunden in der Polizeistelle festgehalten und dann freigelassen. Man sagte Akhmetov, dass er angeblich "Papierstücke" auf der Straße "geklebt" habe²⁶, und Ismailov, dass er angeblich "Drogen transportieren kann".

In Bezug auf **Maygul Sadykova (Astana)** wurde ein Durchsuchungsbefehl im Rahmen eines Strafverfahrens herausgegeben, das durch eine "Erklärung" eines Bürgers darüber, dass einige Teilnehmer der Gruppe "DWK Astana" in Telegramm "*zu sozialem Hass durch Verbreitung negativer Materialien anstiften*", eingeleitet wurde.

Im Februar 2018 wurde **Ergali Kaiypnazar** im Gebiet Mangistau von Polizisten festgenommen deswegen, dass er die Flugblätter aufhängen. Nach seinen Worten sagten die Polizisten, dass er "eine Geldstrafe zahlen sollte", aber zeigten keinen amtlichen Beschluss. Kaiypnazar weigerte sich, eine Geldstrafe zu zahlen, und hat Angst vor weiterer Verfolgung.

Nach dem Beschluss über das Verbot von DWK drohen die Haftstrafen nicht nur Aktivisten oder Unterstützern von DWK, sondern allen „unerwünschten“, weil die Behörden sie den DWK-Unterstützern zurechnen können. In ähnlicher Weise beschuldigen die Behörden die Menschen, die keine Beziehung zu Mukhtar Ablyazov haben, "der Zusammenarbeit mit Mukhtar Ablyazov". Zum Beispiel wurde der Geschäftsmann Iskander Yerimbetov in einem Untersuchungsgefängnis gefoltert, da die Geheimdienste von ihm verlangten, seine Schwester Botagoz Jardemali (die Anwältin von Ablyasov) zu zwingen, nach Kasachstan zurückzukehren und falsche Aussagen gegen Ablyasov zu machen. Unabhängige Menschenrechtler, die Yerimbetov besuchten, bestätigten die Fakten der Folter, aber die Behörden bestreiten weiterhin alles²⁷. Der Geschäftsmann Tokmadi wurde ebenfalls im Untersuchungsgefängnis misshandelt und hat offen "gestanden", dass er vor 13 Jahren "einen Mord auf Ablyasovs Befehl begangen habe"²⁸.

6. STRAFPSYCHIATRY BEZÜGLICH DER AKTIVISTIN ARDAK ASHIM

Am 31.03.2018 wurde die Aktivistin und Bloggerin **Ardak Ashim nach ihrer Vernehmung in der Polizeistelle in ein psychiatrisches Krankenhaus gewaltsam gebracht.** Sie wird der "Anstiftung zum sozialen Hass" beschuldigt, weil sie Posten "*negativer Art gegen die Behörden*" auf Facebook veröffentlichte; sie wurde auch über die Beteiligung an DWK vernommen²⁹. Laut Ardak Ashim sagte der Untersuchungsführer Bakytzhan Syzdykov: "*Warum versuchst du den Alten Mann (vielleicht ist Nasarbajew gemeint - red. Anm.) zu erreichen? Du bringst der Gesellschaft Schaden!*"³⁰.

Die Aktivistin behauptet, dass ihr kein Befehl zur Unterbringung in einer psychiatrischen Klinik für einen Monat erteilt wurde. Der entsprechende Beschluss wurde vom Richter S. Ainabekov **ohne Beteiligung der Beschuldigte, ihrer Anwälte oder Verwandten** getroffen, was im Widerspruch zum Art. 67 der Strafprozessordnung von Kasachstan steht. Es ist nicht bekannt, welches Experte bzw. welcher Arzt die notwendige Unterbringung von Ashim in einer psychiatrischen Klinik gemäß dem Art. 271 der Strafprozessordnung der Republik Kasachstan erklärte.

Ainura Ashimova, Tochter von Ardak Ashim, berichtete, dass der Chefarzt der regionalen psychoneurologischen Ambulanz, Koblanbek Onalbayev, den Verwandten von Ashim drohte und ihnen verbot, sie zu sehen. Tochter Ashim hat Angst, dass sie auch der Verfolgung ausgesetzt oder in ein psychiatrisches Krankenhaus gebracht werden könnte.

²⁶ <https://www.facebook.com/bekzhan.akhmetov/posts/1810672788976922>

²⁷ <http://en.odfoundation.eu/a/8565,report-iskander-verimbetov-political-hostage-of-nazarbayev-s-regime>

²⁸ <https://freedomhouse.org/blog/kazakhstan-holds-citizens-hostage-pursuit-regime-opponent>

²⁹ <https://rus.azattyq.org/a/29139419.html>

³⁰ <https://rus.azattyq.org/a/29137163.html>

Ardak Ashim berichtet über ihre Tochter, **dass man versucht wird, ihr psychotrope Substanzen zu spritzen, um sie "verrückt" zu machen.** Ardak Ashim **glaubt, dass ein der Organisatoren ihrer Verfolgung** Akhim der südkasachischen Region Zhansay Tuymebayev ist. Sie sagt, dass sie wegen ihrer aktiven bürgerlichen Position und ihren oppositionellen Aktivitäten in Ungnade des Akims gefallen ist.

Laut der Tochter von Ashim lassen die Polizeibeamte zum Stand auf 02.04.2018 niemanden ins psychiatrische Krankenhaus.

7. DIE BLOCKIERUNG SOZIALER MEDIEN UND ÄNDERUNGEN VON GESETZEN ZWECKS WEITERER VERFOLGUNG VON OPPOSITIONELLEN

Im Dezember 2016 erkannten die französischen Behörden die Verfolgung des kasachischen Oppositionspolitikers Mukhtar Ablyazov als politisch motiviert an und lehnte ab, ihn auszuliefern³¹. Danach ist Ablyazov zu einem der Gründer der erneuerten DWK-Bewegung geworden. Die bisherige DWK wurde 2005 vom kasachischen Gericht als "extremistisch" anerkannt (später erreichte das gleiche Schicksal die Nachfolgerin von DWK, die Oppositionspartei "Alga!")³².

Am 20. März 2018 erklärte das Ministerium für Information Kasachstans, dass die Arbeitsunterbrechung der sozialen Medien mit "*den technischen Arbeiten zur Löschung der widerrechtlichen Materialien*" von DWK verbunden ist. Das Ministerium teilte mit, dass die DWK-Materialien zur Zeit nicht für die Benutzer von VKontakte und Odnoklassniki in Kasachstan verfügbar sind und "teilweise" von Instagram und Telegram entfernt wurden. Die kasachischen Behörden fordern ähnliche Maßnahmen von der Verwaltung von Youtube, Facebook und Twitter³³.

Ab 01.01.2017 sind die Änderungen des Kommunikationsgesetzes in Kasachstan in Kraft getreten, die die Geheimdienste berechtigen, "den Betrieb von sozialen Medien ohne Gerichtsbeschluss einzustellen und den Zugang zu Internetressourcen zu sperren."³⁴ Bezugnehmend auf dieses Gesetz haben die Mobilfunkanbieter im März 2018 den Abonnenten Mitteilungen über die Notwendigkeit der Angabe ihrer Identifikationsnummer und ihres IMEI-Codes für die Eintragung in die einheitliche staatliche Datenbank geschickt³⁵. Dies sowie die Erfassung von IMEI-Codes der festgenommenen Aktivisten durch die Polizisten wird das noch umfangreichere Abhören und die Überwachung durch die Geheimdienste bedeuten.

Laut Massenmedien wurden am 26. März 2013 die Änderungen der Strafgesetzgebung veröffentlicht, die eine **zusätzliche Grundlage für den Einsatz militärischer Techniken und spezieller Mittel für den Zweck, eine Person in die Strafverfolgungsbehörden zu bringen**, einführen³⁶. Eine "öffentliche Besprechung" des Gesetzentwurfs ist bis zum 9. April vorgesehen, was von der Eile der Behörden zeugen kann. Dieses Gesetz kann als zusätzliches Instrument zur Unterdrückung friedlicher Versammlungen und zur Verfolgung einzelner Aktivisten eingesetzt werden.

2017 unterzeichnete der Präsident Nasarbajew ein Gesetz zur Änderung der Verfassung. Jetzt erlaubt Artikel 10 der Verfassung von Kasachstan den Entzug der Staatsbürgerschaft "*wegen der Begehung von terroristischen Verbrechen sowie wegen anderer ernsthaften Verletzung der vitalen Interessen der Republik Kasachstan*"³⁷. In diesem Zusammenhang bereitet das Justizministerium die Änderungen zu bestehenden Artikeln des Strafgesetzbuches vor. Das Ministerium erklärt, dass der Begriff "*Verletzung der vitalen Interessen des Landes*" unter anderem "*Anstiftung zum sozialen Hass*" und "*Aufforderungen*

³¹ <http://www.conseil-etat.fr/Actualites/Communiqués/Decision-d-extradition>

³² <http://en.odfoundation.eu/a/7250,the-story-of-the-democratic-choice-of-kazakhstan-opposition-movement>

³³ <https://informburo.kz/novosti/v-mik-rk-soobshchili-o-vozmozhnom-ogranichenii-dostupa-k-youtube-facebook-i-twitter.html>

³⁴ http://adilet.zan.kz/rus/docs/Z040000567_#z483

³⁵ https://forbes.kz/news/2018/03/26/newsid_168860

³⁶ <https://informburo.kz/novosti/v-kazahstane-predlagayut-rasshirit-osnovaniya-dlya-primeneniya-specsredstv-i-fizicheskoy-sily-.html>

³⁷ http://www.akorda.kz/ru/official_documents/constitution

zur *Machtergreifung oder -erhaltung*" beinhaltet³⁸. So können die Behörden auf Grund dieses rechtlich undefinierten Begriffs **politische Gegner einer zusätzlichen Bestrafung in Form von Entzug der Staatsbürgerschaft zu unterwerfen**, wie dies in der Sowjetunion war.

7. ZUSAMMENFASSUNG

Der Beschluss, DWK zu verbieten, basiert ausschließlich auf der politischen Rhetorik und ist die nächste Phase der Zerstörung eines Raums für die freie und unabhängige Tätigkeit der Zivilgesellschaft. Die Behörden verankern durch Gesetze die Repressionen gegen die Opposition und die Zivilgesellschaft.

Das autoritäre Regime in Kasachstan erwirbt die Anzeichen eines totalitären Regimes. Die Behörden greifen zur massiven Abschreckung und Kontrolle über die Gesellschaft, wenn die kriminelle Verantwortung für die Äußerung der Unzufriedenheit, den Ausdruck von Meinungsverschiedenheiten, das Reden über Politik, Teilnahme an Protestaktionen sowie für Posts und "Likes" in sozialen Medien vorgesehen ist. Diese Aktionen werden von den Behörden unter Bezugnahme auf das Verbot von DWK als "extremistisch" bezeichnet.

Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, dass die kasachischen Behörden beim Kampf gegen Andersdenkende "**Strafpsychiatrie**" zunehmend einsetzen. Neben Ardak Ashim wurden früher die Aktivistinnen Natalia Ulasik und Zinaida Mukhortova der "Strafpsychiatrie" ausgesetzt. Nur der internationale politische Druck half Mukhortova aus der psychiatrischen Anstalt zu befreien, und Ulasik in eine Klinik, die näher am Haus liegt, mit erleichterten Bedingungen zu verlegen.

Die Open Dialog Foundation verlangt von den kasachischen Behörden, **den Beschluss über den Verbot von DWK unverzüglich aufzuheben und die politische Verfolgung von Bürgern wegen abweichender Meinungen zu stoppen.**

Die Open Dialog Foundation fordert die EU, UN, Parlamentarische Versammlung des Europarats, Parlamentarische Versammlung der OSZE sowie die USA, Kanada und andere Regierungen demokratischer Staaten auf, die kasachischen Behörden, die ihre internationalen Menschenrechtsverpflichtungen grob und systematisch verletzen, wegen ihrer Handlungen zu tadeln.

Eine der wirksamen Methoden, um die beispiellose Repressionen in Kasachstan zu stoppen, könnte die Aufnahme der Leiter des kasachischen Ministeriums für inneren Angelegenheiten, des lokalen Polizeidienstes, der Generalstaatsanwaltschaft und des Komitees für nationale Sicherheit in das Globale Magnitsky-Menschenrechtsgesetz sein. Darüber hinaus muss der Präsident Nasarbajew, der Kasachstan seit 28 Jahren allein regiert und jegliche Meinungsverschiedenheit gewaltsam unterdrückt, die persönliche Verantwortung für die Repressionen tragen.

³⁸ <https://informburo.kz/stati/kakie-zakony-nursultan-nazarbaev-podpisal-v-uhodyashchem-2017-godu-.html>

Jeder kann unsere Anforderungen unterstützen, indem er mit folgenden Personen kontaktiert:

Kontakte in Kasachstan:

- Kozhamzharov K.P., Generalstaatsanwalt der Republik Kasachstan – 010000, Astana, prospekt Mangilik El 14, E-Mail: Gp-rk@prokuror.kz, procuror@nursat.kz ;
- Kalmukhanbet Kasymov, Minister für innere Angelegenheiten von Kasachstan - 010000, Astana, prospekt Tauelsizdik 1, E-Mail: Kense@mvd.kz
- Masimov K.K., Vorsitzender des Komitees für Nationale Sicherheit der Republik Kasachstan – 010000, Astana, ul. Kenesary 31/33, E-Mail: press@knb.kz ;
- Verwaltung des Präsidenten der Republik Kasachstan - 010000, Astana, ul- Mengilik El 6, Regierungsgebäude, E-Mail: apr@akorda.kz ;
- Shakirov A.O., Menschenrechtsbeauftragter in der Republik Kasachstan - 010000, Astana, Linkes Ufer, Ministeriengebäude, E-Mail: ombudsman-kz@mail.ru, npm_ombudsman@mail.ru
- Dauren Abaev, Minister für Information und Kommunikation von Kasachstan - 010000, Astana, Mangilik El 8, Ministeriengebäude, 14. Eingang, E-Mail: pressa@mob.gov.kz, mic@mic.gov.kz
- Marat Beketayev, Justizminister von Kasachstan - 010000, Astana, Mengilik El 8, Ministeriengebäude, E-Mail: kanc@adilet.gov.kz, pressgov@mail.ru

Internationale Kontakte:

- Antonio Tajani, Präsident des Europäischen Parlaments - 1047 Brussels, Belgium, Bât. Paul-Henri Spaak 09B011, Rue Wiertz / Wiertzstraat 60, E-Mail: antonio.tajani@europarl.europa.eu, Tel.: +32(0)2 28 45503 (Brussels), +33(0)3 88 1 75503 (Strasbourg);
- Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission - 1049 Brussels, Belgium Rue de la Loi / Wetstraat 200, E-Mail: president.juncker@ec.europa.eu;
- Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates - 1048 Brussels, Rue de la Loi / Wetstraat 175, E-Mail: donald.tusk@european-council.europa.eu, Tel.: +32 2 28 15650;
- Federica Mogherini, die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für auswärtige Angelegenheiten und Sicherheitspolitik - 1049 Brussels, Rue de la Loi / Wetstraat 200, E-Mail: federica.mogherini@ec.europa.eu, Tel.: +32 2 584 11 11; +32 (0) 2 295 71 69;
- David McAllister, Leiter des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments - 1047 Brussels, Belgium, Bât. Altiero Spinelli 05E240, Rue Wiertz / Wiertzstraat 60, E-Mail: david.mcallister@europarl.europa.eu, Tel.: +32(0)2 28 45323 (Brussels), +33(0)3 88 1 75323 (Strasbourg);
- Antonio Panzeri, Leiter des Unterausschusses des Europäischen Parlaments für Menschenrechte - 1047 Brussels, Belgium, Bât. Altiero Spinelli 11G354, Rue Wiertz / Wiertzstraat 60, E-Mail: pierantonio-panzeri@europarl.europa.eu, Tel: +32(0)2 28 45846 (Brussels), +33(0)3 88 1 75846 (Strasbourg);
- Stavros Lambrinidis, EU-Sonderbeauftragter für Menschenrechte - E-Mail: stavros.lambrinidis@ext.eeas.europa.eu, Tel.: +32(0)2 584 230;
- Georgy Zereteli, Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE – 1070 Vienna, Austria, Neustiftgasse 3/8, Tel.: +43 1 523 3002;
- Ignacio Sanchez Amor, Leiter des Allgemeinen Ausschusses Parlamentarischen Versammlung der OSZE für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Angelegenheiten - E-Mail: crisrina.casado@gps.congreso.es, Tel: +34 91 390 6919;
- Thorbjørn Jagland, Generalsekretär des Europarats - E-Mail: thorbjorn.jagland@coe.int, Tel: + 33 (0)3 88 41 20 00;

- Michele Nicoletti, Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats - E-Mail: nicoletti_m@camera.it;
- Zeid Ra'ad Al-Hussein, der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte - Palais des Nations CH-1211 Geneva 10, Switzerland, Tel.: +41 22 917 9220;
- David Kaye, Sonderberichterstatter für die Förderung und den Schutz des Rechts auf Meinungsfreiheit - Palais des Nations, CH-1211 Geneva 10, Switzerland, E-Mail: freedex@ohchr.org ;
- Annalisa Ciampi, Sonderberichterstatterin über das Recht auf friedliche Versammlung und Vereinigungsfreiheit - Palais des Nations, CH-1211 Geneva 10, Switzerland, E-Mail: freeassembly@ohchr.org ;
- UN-Arbeitsgruppe für illegale Inhaftierung - United Nations Office at Geneva, 8-14, avenue de la Paix, 1211 Geneva 10, Switzerland, E-Mail: wgad@ohchr.org ;
- US-Außenminister - Formular für Internet-Anfragen <https://register.state.gov/contactus/contactusform>;
- US-Repräsentantenhaus - Washington, DC 20515, Tel.: (202) 224-3121, <http://www.house.gov/contact/>;
- Justin Trudeau, Büro des Premierministers von Kanada - ON K1A 0A2, Ottawa, 80 Wellington Street;
- Unterhaus von Kanada - Ottawa, Ontario, Canada, K1A 0A6.



OPEN DIALOG

